

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

56. Jahrgang.

Dienstag, den 16. November

**Erscheint**  
täglich abends mit Ausnahme der  
Sonn- und Feiertage für den fol-  
genden Tag. Insetionspreis:  
die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im  
amtlichen Teile die gespaltene  
Zeile 30 Pf.

Verensprecher Nr. 210.

1909.

**Abonnement**  
vierteljährlich 1 M. 50 Pf. einschließl.  
des „Aust. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unseren Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Nr 157.

### Ländliche Sozialpolitik.

In einem trefflichen kleinen Buche, das der Darstellung der Persönlichkeit und des Wirkens Heinrich Schunreys dient (Heinrich Schunrey von Professor Dr. Eduard Kück, Dresden 1909. Verlag von Wilhelm Bensch. Preis: Mark 1,50) unterzieht der bekannte Rostocker Nationalökonom Professor Dr. Richard Ehrenberg das Wesen und den Wert ländlicher Sozialpolitik einer zwar kurzen, aber desto inhaltsreicheren Erörterung.

Professor Ehrenberg geht von der Tatsache aus, daß wir nunmehr bereits ein Menschenalter lang städtisch-industrielle Sozialpolitik getrieben haben, und knüpft daran die Forderung, künftig der ländlichen Sozialpolitik eine gleich lange Ära ländlicher Sozialpolitik folgen zu lassen. „Wir werden künftig mindestens ebensolange ländliche Sozialpolitik zu treiben haben, aber mit anderen Mitteln, unter liebevoller Berücksichtigung und Schonung der Besonderheiten unseres Landlebens, mit liebevollem Verständnis für die natürliche und historisch gewordene Eigenart jeder Landschaft, jedes Dorfes, jedes Standes. Wir müssen Heimatpolitik treiben“. Eine solche Heimatpolitik, die in ihrem Kern zusammenfällt mit einer richtig betriebenen ländlichen Sozialpolitik, ist ein unbedingtes Erfordernis der Zeit, weil unser ganzes Volksleben durch die zu rasche und einseitige städtisch-industrielle Entwicklung der letzten Jahrzehnte zu verarmen, ja in seinen Wurzeln zu erkranken droht.

Wie sich unser Autor aber eine den Interessen des platten Landes wahrhaft Rechnung tragende Sozialpolitik vorstellt, das zeigt er mit den folgenden Worten auseinander: „Wollen wir der übermächtigen städtisch-industriellen Strömung entgegenwirken, so bedürfen wir nicht einer engherzigen Bekämpfung der Industrie. Wohl aber bedürfen wir einer agrarischen Sozialpolitik, die allen Teilen der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugute kommt. Wir bedürfen nicht einer Sozialpolitik, die Haß erregt gegen die Besitzenden, um die Liebe der Nichtbesitzenden zu erwerben, wohl aber einer Sozialpolitik, die möglichst viele Nichtbesitzende macht. Wir bedürfen nicht einer Sozialpolitik, die nur mit dem Herzen oder nur mit dem Verstande arbeitet, sondern einer Sozialpolitik, die beides miteinander verbindet, die Sinn hat für alle Seiten des menschlichen Lebens, die sich nicht auf das Nützliche beschränkt, sondern sich auch zum Guten und Schönen erhebt. Aber wir bedürfen auch einer Sozialpolitik, die über solchen Idealen nicht die sichere wirtschaftliche Grundlage vergißt, welche jeder Mensch und jedes Volk besitzen muß, ehe eine höhere Kultur entstehen kann, der nicht vergißt, daß ein kräftiger Erwerbstrieb nötig ist, um diese Grundlagen zu schaffen.“

Eine betriebsmäßige Sozialpolitik soll vor allem dazu dienen, der Landflucht zu steuern, in der Professor Ehrenberg geradezu den Kern der sozialen Frage erblickt. „Das soziale Problem der Gegenwart läßt sich nur dort lösen, wo es seinen Ausgang genommen hat, bei der Landflucht. Sie, nicht der sogenannte „Kapitalismus“, ist die Sphäre, die sich selbst vernichtet, wenn wir ihr Rätsel lösen, die uns vernichtet, wenn wir es nicht lösen. Die Lösung heißt: Anstellung einiger Millionen jugendkräftiger Landbewohner im Laufe eines Jahrhunderts, und zunächst Schaffung vieler guter Wohnungen auf dem Lande, Pflege der Wohlfahrt, des Heimatgefühls, der Kultur unserer Landbevölkerung! Für diese Ziele mit Aufgebot aller Kräfte erfolgreich sein Lebenslang gearbeitet zu haben, wird das unvergängliche Verdienst unseres Sohneys bleiben“. Jeder, der gewohnt ist, die Dinge der Welt nicht ausschließlich mit den Augen eines großstädtischen Aphoristikers anzusehen, wird diesen Zielen einer ländlichen Sozialpolitik im Sinne Schunreys und Ehrenbergs gewiß von Herzen zustimmen.

### Tagesgeschichte.

#### Deutschland.

Der Kaiser wohnt am heutigen Montag in Kiel der Bereidigung der Rekruten der Marinestation der Ostsee bei. Der Kaiser nimmt an Bord des Flottenschiffes „Deutschland“ Wohnung. Während des Kieler Aufenthalts ist auch eine Besichtigung des ersten 18600 Tonnen-Dampfschiffes „Raffa“ geplant. — Am Dienstag wird der Kaiser, von Kiel kommend, zu einem

zweitägigen Besuch bei der Großherzogin-Witwe Luise von Baden in Baden-Baden eintreffen. Von hier aus erfolgt dann die Weiterfahrt nach Donaueschingen, wo der Kaiser 5 Tage lang mit dem Fürsten Fürstenberg jagen wird. Es schließen sich an die Jagdbesuche in Reudel und Pleß. Die Rückkehr des Kaisers nach Berlin ist für den 29. November vorgesehen.

Neue Kaiser-Neuerungen werden von einem Londoner Blatte veröffentlicht. Vor Jahresfrist erregten die Veröffentlichungen des Londoner „Daily Telegraph“ über Kaisergespräche so großes Aufsehen und führten zu dem historischen Vortrage des Fürsten Bülow am 17. November im Neuen Palais zu Potsdam. Gerade nach einem Jahre teilen jetzt Londoner Blätter Neuerungen unsers Kaisers über das englische Meer mit. Kaiser Wilhelm soll diese Neuerungen zu seinem Bruder, dem Prinzen Heinrich, gegeben haben, der sie an den englischen Admiral Sir Nathaniel Bowden-Smith weitergab. Der Admiral wieder gab die Kaiserworte in der Jahresversammlung der National-Service-League, eines der hervorragendsten militärischen Klubs Londons, bekannt. Danach sagte Kaiser Wilhelm: „Ich bin von den englischen Kritiken über mich tief berührt. Ich will den Engländern natürlich keine Lehren erteilen, meine aber, England sollte eine starke Territorial-Armee mit allgemeiner Militärpflicht haben“. Aus dieser ganz privaten Neußerung gegenüber dem eignen Bruder können die Londoner Blätter auch in dem Falle, daß die Worte des Kaisers genau so gelaunt haben, wie sie Admiral Bowden-Smith im Militärklub mitteilte, keine Angriffswaffen gegen den deutschen Kaiser oder das deutsche Volk schmieden. Allerdings, was vor Jahresfrist im „Daily Telegraph“ veröffentlicht wurde, war auch durchaus england-freundlich. — Der genannte englische Admiral pflichtete der Ansicht des deutschen Kaisers durchaus bei und betonte, daß Englands Kriegsflotte eine weit größere Bewegungsfreiheit haben würde, wenn das Land über eine reguläre und starke Territorial-Armee verfügte.

Die Geräufllosigkeit des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg ist hier und da als Zeichen der Schwäche gedeutet worden. Dieser Auffassung tritt der konservative „Reichsbote“ entgegen. Wer zur Zeit in den Reichsämtern zu tun hat, so schreibt er, gewinnt den Eindruck, daß in allem ausnahmslos rieflich gearbeitet wird — aber ohne Lärm. Demen, die in der Arbeitsweise des Reichskanzlers ein Zeichen der Schwäche erblicken, ruft das Blatt zu: „Vielleicht darf es auch in diesem Falle heißen: „Umgekehrt wird ein Schuh draus“.

Deutschland zur See voran! Die Geschwindigkeit unsrer Panzerkreuzer ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Und auch der jetzt unter die Flagge getretene, auf der Kieler Werft erbaute Panzerkreuzer „Blücher“ hat gegenüber dem letzten Neubau „Scharnhorst“ eine nahezu um 1/2 Seemeilen in der Stunde gesteigerte Geschwindigkeit aufzuweisen. Bei der am Donnerstag in den Danziger Gewässern ausgeführten Fahrt an der gemessenen Meile bei Reutrug wurde eine mittlere Höchstgeschwindigkeit erzielt von 25,25 Seemeilen in der Stunde (eine Seemeile mehr, als kontraktlich ausbedungen). Ein hochbefriedigendes Ergebnis! Dieser Erfolg hat aber in der letzten Stunde, wo in dem sogenannten Kieler Werftprozeß verhandelt wird, gewisse Mißstände in dem Magazinetrieb auf die Arbeitsführung der Werft zu veralgemeinern, eine ganz besondere Bedeutung, denn er bringt den äußeren Beweis dafür, daß die Leistungsfähigkeit der Kieler Werft als Kriegswerft durch die Vorkommnisse, die zum Prozeß führten, in keiner Weise berührt sind.

Eine merkwürdige Verteidigung. Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Legationsrat a. D. vom Rat führt nun doch endlich das Bedürfnis, sich gegen die Bestreitungen seiner Behauptung von den englischen Unterseebooten und gegen den scharfen Tadel zu wehren, der gegen seine unter allen Umständen verwerfliche Handlungsweise von vielen Seiten erhoben worden ist. Zunächst ist festzustellen, daß Herr vom Rat bei seiner Behauptung bleibt. Nun wird es doch wohl Zeit, daß die Regierung anstatt durch mehrdeutige Auseinandersetzungen auf dem Umwege über Frankfurt und Wien vielmehr durch eine eindeutige Erklärung „ohne Hörner und Zähne“ in der „Nordd. Allg. Ztg.“ dem Unfug ein Ende setzt. Irgegendwelche Beweise für seine Behauptung bringt Herr vom Rat auch jetzt nicht. Der ehemalige angehende Diplomat sieht auch jetzt noch nicht ein, daß seine „Enthüllung“, falls sie er-

weislich wahr, geradezu Gift für die deutsch-englischen Beziehungen werden müßte, daß sie aber, wenn auch nur der Schatten eines Zweifels an ihrer Wahrheit zurückbleibt, als gemeingefährliche Wichtigkeitserei zu bezeichnen ist. Herr vom Rat will, nach seinen neuen spaltenlangen Ausführungen im „Tag“, mit seiner „Enthüllung“ für den Wert der Unterseeboote gegenüber den Linien Schiffen gezeugt haben — wie schon mancher marinepolitische Dilettant vor ihm.

Die Reichserbschaftsteuer auf dem Marsch. Der konservative „Reichsbote“, er von Anfang an sich als Freund der Erbanfallsteuer bekannt hat, hält den preussischen Konservativen von Zeit zu Zeit vor, daß sie mit der Ablehnung dieser Steuer einen Fehler begangen, dessen Folgen so schwer seien, daß nur „eine nationale, eine rettende Tat“ sie wieder gut machen könne. Darunter versteht er, daß die Konservativen selbst die Initiative zur Wiederherstellung der Erbanfallsteuer ergreifen. Begreiflicher Weise ist die Antwort, die die „Kreuzzeitung“ darauf erteilt, außerordentlich scharf. Mit einem solchen Vorschlag werde, meinte sie, der konservativen Partei Selbstmord zugemutet. Aber auch andere Konservative — nicht zuletzt die sächsischen — bekennen sich zur Erbschaftsteuer und erklären offen ihre Ueberzeugung, daß sie in anderer, vielleicht härterer Form wiederkehren werde. So hat dies kürzlich der ehemalige Staatssekretär der Reichslande von Köller in einer Wählerversammlung getan. Und in einer anscheinend offiziellen Sitzung der „Berl. Polit. Nachr.“ findet sich derselbe Gedanke. Des Vorschlags des „Reichsboten“ — heißt es da — bedarf es zurzeit nicht, denn es sei durch strenge Sparsamkeit gelungen, in dem Reichshaushaltsplan für 1910 Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. (Und die 452 Mill. an Nachforderungen?) Dabei ist auf Mehreinnahmen aus den im Sommer bewilligten Steuern nur in Höhe von etwa 300 Mill. Mark gerechnet worden. Aber man wird mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß, wenn in der späteren Folge beträchtliche Mehrausgaben unabwendbar sind, an weitere Vermehrung der Deckungsmittel im Reiche zu denken sein wird. Nach den Erfahrungen dieses Jahres erscheint es aber gänzlich ausgeschlossen, daß eine Neubewilligung von Mehreinnahmen zu erreichen ist, wenn damit nicht eine allgemeine Besitzsteuer verbunden ist. Als solche kann, ohne den Finanzen und der Selbstständigkeit der Bundesstaaten einen schweren Schlag zu versetzen, nur die Erbanfallsteuer in Betracht kommen. Diese wird also nicht zur Ergänzung des jetzigen Finanzplanes zu verbrauchen, sondern für künftige Notfälle in Reserve zu halten sein. — Danach scheint es also nach wie vor die Absicht der Regierung zu sein, die Erbanfallsteuer für den etwaigen künftigen Finanzbedarf des Reiches zu reservieren.

Das Ergebnis der Reichstagswahl in Landsherg-Soldin erinnert, wie das aller vorausgegangenen seit Erledigung der Finanzreform, leider nur allzu sehr an das Wort des Fürsten von Bülow, das Philippini nicht ausbleiben. Siegte der konservative Kandidat des Kreises in der Hauptwahl des Jahres 1907 gleich im ersten Wahlgange über seine beiden Gegenkandidaten, so muß er jetzt in eine Stichwahl mit dem Sozialdemokraten eintreten, in der die Entscheidung bei den Freisinnigen liegt. Immerhin müßten die Freisinnigen nicht nur nicht Stimmeneinhalten üben, sondern zu einem starken Drittel für den Sozialdemokraten stimmen, wenn der Wahlkreis den bürgerlichen Parteien verloren gehen sollte, in deren Besitz er sich bisher andauernd befunden hat. Beachtenswert bleibt es in jedem Falle, daß der Sozialdemokrat diesmal 1800 Stimmen mehr erhielt als 1907, der konservative Kandidat dagegen über 4000 Stimmen weniger als bei der letzten Hauptwahl. Da die Zahl der abgegebenen freisinnigen Stimmen nahezu unverändert ist, so müssen viele Wähler, die vor 2 Jahren konservativ wählten, am Freitag voriger Woche auf die Stimmabgabe verzichtet haben. Aber auch dieser Umstand ist charakteristisch und in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzen.

Der Kieler Unterschleife-Prozeß. Der durch den Kieler Prozeß von Anfang an gewonnene Eindruck, daß die auf der Werft bestehenden Geschäftsgesellschaften einer Reform stark bedürftig sind, wird durch jeden neuen Verhandlungstag bestätigt. „Eine richtige Rogee!“ nannte der Vorsitzende die Geschäfte auf gemeinschaftliche Rechnung, die von den Alt-eisenhändlern der Werft gegenüber arrangiert wurden.